

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haj,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 Bl. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Preuss. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 64 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 62.

Freitag, 4. Juni.

1875.

Die Religion der Sozialdemokratie.

Von J. Diehgen.

Sechste Kanzelrede.

Unsere letzte Betrachtung galt dem althergebrachten Satz: „der Mensch muß Religion haben.“ Wir übersetzten denselben in rationales deutsch, und da lautete er: „System muß der Mensch haben.“ Es ist sein intellektuelles Bedürfnis einen Standpunkt zu gewinnen, von wo er die ganze Welt überschaut. Damit das Gewimmel ihrer Manichfaltigkeit ihn nicht irre mache, theilt er, wie den Vorkommen in Sternbilder, so den Kosmos in Regionen, Ordnungen, Klassen, Familien, Arten und Individuen. Kurz, der Manichfaltigkeit giebt er manichfaltige Namen. Sich also zu orientieren wissen, alles rubrizieren können, nennen wir „System haben“. Daß ein Thier in die Zoologie oder ein Kraut in die Botanik gehört, wird bald verstanden, aber zweifelhaft ist und bestreitbar, in welche Rubrik Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und viele andere Dinge hingehören. Volkswissen ist ein System nur, wenn alles was vorkommt seinen Platz darin findet, wenn alles vorgelesen, alles rubriziert ist. Religionsdifferenzen und Philosophen haben solche Systeme machen wollen, aber keines davon hat Stand gehalten. Der Lauf der Zeit brachte und bringt immer noch neue Erscheinungen, neue Erfahrungen, neue Dinge, die nicht vorgelesen sind. Sie wollen nicht in das vorhandene System passen, und mußte deshalb jedesmal ein neues gemacht werden, bis endlich wir Sozialdemokraten klug genug sind ein System zu haben, das hinreichend weit ist für alle gegenwärtigen und zukünftigen Neuigkeiten.

Um diese anscheinend vermessene Präntation zu erläutern, muß ich von neuem ansetzen. Wie die Theologen nach einem lieben Gott suchen, der die Omnipotenz der Welt in seiner Person vereinigt, so haben die Philosophen nach einem System gesucht, das all die manichfachen Wissenswürdigkeiten in einem Knoten zusammenpackt, um die gesammte Wissenschaft, einem Brocken gleich, verschlucken zu können. Jetzt wissen wir sehr genau, daß eine Farbe nicht grün und blau und gelb und schwarz zugleich sein, d. h. daß die Gattung sich nicht in einem Individuum verkörpern kann. In keinem einzelnen Menschen und noch weniger in einem einzelnen Begriff kann die ganze Wissenschaft konzentriert sein. Und doch behaupte ich, wir besitzen eine solche Konzentration. Sind nicht im Begriff der Materie alle Materialien der Welt enthalten?

So hat auch alles Wissen eine gemeinschaftliche generelle Form: die induktive Methode nämlich. Daß die Induktion die einzige, die allgemeine Form der Wissenschaft, daß sie anwendbar ist auf alle Probleme, auf alle Objekte, dies Bewußtsein giebt der Sozialdemokratie jene systematische Sicherheit, jene geistige Ueberlegenheit, welche die Augen unserer Gegner vor Ersauern glogen macht. Wir wissen nicht alles, aber wir kennen die generelle Form alles Wissens und besitzen daran einen Prüfstein, womit alle Bören zu finden sind, welche die Trabanten unserer Macht haben dem Volke aufbinden. Die Induktion ist in der Naturwissenschaft eine bekannte Sache; daß aber eine systematische Weltweisheit darin enthalten ist, berufen, die gesammte Wissenschaft, die religiöse, die philosophische und politische auszureiben, ist eine sozialdemokratische Neuigkeit.

Unsere Dränger, die Mächtigen und Besitzenden, Kulturkämpfer und Fortschrittswänner, Liberale und Freimaurer sind auch Fürsprecher der Induktion, — nur soweit sie ihnen zum Kram paßt. Sie theilen Alles: die Leute in Herren und Diener, das Leben in Dies- und Jenseits, die Person in Leib und Seele, und die Wissenschaft in Induktives und Deduktives.

Das Theilchen ist gut und recht, wenn dabei System, wenn das Theilchen unter einem Hut gehalten, wenn die Verschiedenheit als eine nur graduelle bekannt ist. Das Leben in Dies- und Jenseits trennen, ist nicht unverständlich, nur muß dabei gewußt sein, daß wie sprachlich, so auch sachlich, Diesseits und Jenseits zwei gleichberechtigte Formen desselben Lebens sind. So sprechen wir verständigerweise von einem Leben dies- und jenseits des Decans. Auch die Sozialdemokraten haben Leib und Seele. Unser Leib ist die Summe der leiblichen und die Seele Summe der seelischen oder geistigen Eigenschaften. Aber, wohl gemerkt! die empirische Erscheinung ist das einhellige Material, die gemeinsame Rubrik für Leib und Seele, für Körper und Geist. Seele oder Geist ist ein Attribut der Welt und nicht, wie umgekehrt der Pfaff will, die Welt ein Attribut oder Nachwerk des Geistes. Darwin lehrt, daß der Mensch aus dem Thier entstanden. Auch er unterscheidet Thier und Mensch, aber nur als zwei Produkte desselben Stoffes, als zwei Arten derselben Gattung, als zwei Konsequenzen desselben Systems. Solche systematische Trennung ist in consequenter Durchführung unsern Widersachern ebenso unbekannt wie die verstandesmäßige Einheit. Da lobe ich mir die alte religiöse Ehrbarkeit. Dort herrscht System. Dies- und Jenseits, Herr- und Knechtschaft, Glauben und Wissen war unter der einheitlichen Verwaltung Dessen, der da sagt: „ich bin der Herr, dein Gott.“

Run weiß ich wohl, daß auch die Religiösen im Dualismus, in einer relativen Systemlosigkeit stehen. Ich weiß wohl, wie sie zwischen Himmel und Erde hängen. Als jedoch vordem der liberale Keil des Zweifels noch nicht in das religiöse Fleisch getrieben, als die Religion ernsthafter gemeint, war sie auch weniger dualistisch. Der Teufel war da nur ein Werkzeug, das irdische nur eine vorübergehende Prüfungszeit des ewigen Lebens. Eines war dem Andern untergeordnet, es war ein Schwerpunkt, ein System da. Wenigstens im Vergleich zur modernen Halbheit und Freimaurerei schnitt man aus ganzem Holze.

Das Schneiden aus ganzem Holze, geliebte Zuhörer, ist ein

schwieriges Problem, an dem der Menschegeist sich versucht hat, so lange er in Arbeit ist. Seit beinahe einem halben Jahrhundert ist das Räthsel gelöst, ist die Weisheit systematisch geworden. Daß man nun trotz der Führung von gelehrten Professoren und verdienstlichen Naturforschern nach einer längst hell erleuchteten Sache noch im Dunkeln tappt, hat seine politischen Gründe. Reaktionsäre Bosheit hat die revolutionäre Konsequenz des induktiven Systems gewittert. Meister Hegel stellte schon das eigenhändig angezündete Licht unter den Scheffel. Die kühneren Nachfolger konnten in der Zeit, wo interessirte konservative Niedertracht das Regiment hatte, nicht zur Anerkennung kommen. Und bis heute noch läßt der ganze privilegierte Troß es sich angelegen sein, den fortglühenden Funken unter Asche zu halten. Fassen wir, Parteigenossen! Sobald er lodert sind des Teufels alle Kinder der Nacht.

So unumgänglich wie der Magen essen und trinken, so unvermeidlich will der Kopf System, d. h. Zusammenhang in der Welt, einen „letzten Grund“ haben, auf den sich alles gründet. Dieser letzte Grund ist ein spitzig Ding.

Nach religiösem System ist der liebe Gott „letzter Grund“.

Idealistische Freimaurer glauben alles mit der Vernunft begründen zu können. Defangene Materialisten suchen in heimlichen Atomen den Grund alles Bestehenden, während die Sozialdemokraten alles induktiv begründen. Wir besitzen die prinzipielle Induktion d. h. wir wissen, daß nicht deduktiv, daß aus der Vernunft keine Belehrung zu schöpfen, sondern nur mittels Vernunft aus der Erfahrung Kenntnisse zu holen sind.

Letztere Art der Begründung ist allerdings auch andern Leuten bekannt, aber es fehlt die systematische Kenntniss der Sache, es fehlt die Konsequenz. Die Weisheit der antisozialistischen Welt ist nicht einheitlich, ist ein induktives und deduktives Gemisch. Man kennt das induzieren, aber das System der Induktion kennt man nicht. In Details ist man wohl berathen, aber wo es um generelle Weltangelegenheiten sich handelt, geht der Verstand aus. Anfang und Ende von dieser oder jener Sache ist bald gefunden, und was in irgend einem konkreten Falle Schein und was Wahrheit, darüber ist man leicht verständigt. Aber bei der Frage nach dem generalen Anfang, nach dem Anfang der Welt, oder wie Wahrheit, Recht, Kraft, Stoff, Einheit und Vielheit, Ursache und Wirkung, Freiheit und Knechtschaft sich im Allgemeinen verhalten — da hört das Latein auf und der Thurmhub von Babel beginnt. Der Eine citirt die Offenbarung, der Andere befragt Kant oder irgend einen staubigen Klassiker, der Dritte gar will von Theologie und Philosophie nichts wissen, wendet sich an das physikalische Experiment und erhofft die Lösung der großen Räthsel von der Naturwissenschaft.

Dieser rathlosen Zersahrenheit gegenüber ist die internationale Sozialdemokratie stolz darauf, einen „letzten Grund“ zu haben, auf den sich alles gründet, einen wissenschaftlichen Grund für Alles, systematische Weltweisheit zu besitzen. Wir bekunden unsere prinzipielle Ueberlegenheit praktisch und offenbar durch die geschlossene Einrelligkeit unserer Bestrebungen und Forderungen. Sowohl in intelligiblen wie politischen Dingen hat die manichfaltige Schattirung unserer Gegner keine Grenzen. Wir differiren wohl auch untereinander, aber die antisozialen Kulturhelden haben wahrhaftig keine Ursache die Uneinigkeit der Sozialdemokraten zu beklagen. Wir streiten uns um Details, um zeitgemäße Organisation, um praktische und taktische Fragen, aber im Allgemeinen, in Prinzipien und Theorien stehen wir einig, geschlossen, Mann an Mann, weil wir das haben, was Alt- und Neulatholiken, Reformirte und Aufgeklärte haben möchten: wir haben System. Der Anfang und das Ende aller Weisheit ist uns genau bekannt.

Damit, verehrte Zuhörer! soll nicht gesagt sein, daß jeder Sozialdemokrat nun auch die genaue Kenntniss des Systems besitzt. Ihr seid nicht alle systematisch geschult, sonst dürfte ich ja das System nicht erst predigen. Ich behaupte nur, daß eure sozialdemokratischen Tendenzen auf systematischer Wissenschaft beruhen. Ich behaupte, daß die induktive Begründung einer Sache, die einzige, wahre, wissenschaftliche Begründung ist, und daß sich aus dieser prinzipiellen Induktion die wundervollsten antireligiösen und reichsfeindlichen Konsequenzen ergeben. Gern möchte ich zu solchen interessanten Details übergehen, muß mir aber das einseitigen verzeihen, um erst noch den Grundstein unserer Weisheit um und um zu wälzen.

Ich wiederhole, und als Kanzelredner darf, soll und muß ich zum Zweck der Belehrung wiederholen: An Stelle der Religion legt die Sozialdemokratie systematische Weltweisheit.

Diese Weisheit findet ihre Begründung, ihren „letzten Grund“ in den faktischen Verhältnissen. Die Weisheit der andern Fortschrittswänner thut in der Naturwissenschaft dasselbe, und in Haus- und Geschäftsangelegenheiten verfährt sie eben so rationell. Staatsaffären aber will sie, wenn auch nicht mehr mit Gottes Wort, dann doch immer noch mit Offenbarungen der Vernunft begründen. Die in ihrem Kopfe enthaltenen Begriffe von Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit sollen die Modelle zur rechten, wahren, freien Gestaltung der Welt liefern. Die Erfahrung, daß sowohl die feudale wie die liberale und kirchliche Gerechtigkeit und Freiheit und politische Wahrheit und Weisheit nach dem leiblichen Interesse der betreffenden Parteien modellirt ist, hat uns das Verständnis nahe gelegt, daß sich überhaupt die Weisheit nicht aus dem Kopfe, sondern nur mittels des Kopfes aus empirischem Material ziehen läßt.

Zufolge dessen modelliren wir mit Bewußtsein, mit systematischer Konsequenz unsere Begriffe über Gerechtigkeit und Freiheit nach unseren leiblichen Bedürfnissen, nota bene sind es die Bedürfnisse des Proletariats, der großen Volksmasse. Das fak-

tische leibliche Bedürfnis einer „menschenwürdigen“ Existenz ist der „letzte Grund“, womit wir die Rechtmäßigkeit, Wahrheit, Bemühtigkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen erweisen. Im System der Induktion geht der Leib dem Geiste, das Faktum dem Begriffe voran.

Der Gebrauch ein und desselben Wortes schlüßert, wie ein Paternooster, leicht den Verstand ein. Ich will deshalb, zur Abwechslung, unser System „System der erfahrungsmäßigen Wahrheit“ nennen. Die Duseibrüder der anderen Parteien reden wohl noch von göttlichen, moralischen, logischen u. s. w. Wahrheiten. Wir aber kennen keine göttlichen und keine menschlichen Wahrheiten, wir kennen nur die eine erfahrungsmäßige Wahrheit. Mögen wir diese nun mit Spezialnamen in Abtheilungen trennen, das Generalkennzeichen bleibt. Wahrheiten, wie sie immer heißen mögen, gründen sich auf physische, leibliche, materielle Erfahrung. Als solche sind es Glieder oder Arten des erfahrungsmäßigen Systems. Wir schneiden nur aus einem, wir schneiden aus ganzem Holze. Wir begründen unsere Thesen faktisch oder erfahrungsmäßig und verfahren dabei systematisch oder logisch. Kann es, werthe Zuhörer, Evidenteres geben, als solche Evidenz?

Sehen wir uns nun, nachdem also das Fundament bloßgelegt ist, den Bau der Weltweisheit vom erhabensten Standpunkte an. Von hier aus besteht die ganze unendliche Manichfaltigkeit aller Dinge aus demselben einheitlichen, aus empirischem Stoffe. Alle verschiedenen Dualitäten besitzen eine Generalqualität. Wie differrent sie auch sein mögen, ob groß oder klein, ponderabel oder unponderabel, geistig oder körperlich, alle Dinge der Welt stimmen darin überein, empirische Objekte unseres Erkenntnisvermögens, erfahrungsmäßiges Material des Intellekts zu sein. Vom Standpunkte des induktiven Systems ist die Welt mit ihrem ganzen Inhalt ein einziges uniformes Objekt. Alle Details sind nur Modalitäten dieser absoluten Einheit. Physische Erscheinung oder empirisches Material heißt die universelle Gattung, der gegenüber alle anderen Gattungen nur Arten sind. Sie ist die einzige Substanz und Wahrheit, alles andere nur Eigenschaft und relativer Schein. Festes und Flüssiges, Holz und Metall summiren wir geläufig unter den Begriff „Stoff“. Was kann abhalten, alle Dinge unter der „erfahrungsmäßigen Wahrheit“ oder der „empirischen Erscheinung“ zu summiren? Demnach mögen wir denn auch trennen in Organisches und Anorganisches, in Elementares und Zusammengesetztes, in Kräfte und Stoffe, in Physisches und Moralisches, in Gutes und Böses u. s. w. u. s. w. Durch die gemeinsame Gattung sind alle Gegensätze veröhnt und überbrückt. Alles wohnt unter einem Hut. Die Verschiedenheit ist nur Form, dem Wesen nach ist Alles von ein und demselben Kaliber. Der letzte Grund aller Dinge ist die empirische Erscheinung. Erfahrungsmäßiges Material heißt der generelle Urstoff. Er ist absolut, ewig und allgegenwärtig. Wo er aufhört, hört aller Bestand auf.

Das induktive läßt sich füglich auch das dialektische System nennen. Hier findet sich, was die Naturwissenschaft immer mehr bekräftigt, daß auch die wesentlichen Unterschiede nur graduelle Verschiedenheiten sind. Wie scharf wir auch die Merkmale feststellen, welche das Organische vom Anorganischen, das Pflanzen- vom Thierreich unterscheiden, so zeigt Natura doch, daß die Grenzen verschwinden, daß alle Verschiedenheiten und Gegensätze ineinanderfließen. Die Ursache wirkt und die Wirkung urfacht. Die Wahrheit erscheint und die Erscheinung ist wahr. Wie die Wärme kalt und die Kälte warm, beides sich nur dem Grade nach unterscheidet, so relativ ist das Gute böse und das Böse gut. Alles sind Relationen desselben Stoffes, Formen oder Arten der physischen Empirie.

Unter meiner Zuhörerschaft bemerkte ich einige fremde Gäste, denen die uniforme systematische Weltanschauung, die ich hier predige, derart neu und unerhört ist, daß ihnen unwillkürlich die fadesten, geistlosesten Einwendungen auf die Zunge steigen. Sie möchten fragen, wie ist es möglich, empirisches Material als Grundbestandtheil aller Objekte der Wissenschaft nachzuweisen? Sieht es denn da keine Dinge, wie das Wesen Gottes, reine Vernunft, sittliche Weltordnung u. s. w.?

An dem Exempel einer solchen Frage sollen die werthen Parteigenossen erkennen, wie der Unverstand tief im menschlichen Fleische sitzt. Gott, reine Vernunft, sittliche Weltordnung und viele andere Dinge bestehen nicht aus empirischem Material, es sind keine Formen der physischen Erscheinung und längern wir deshalb auch ihr Dasein. Jedoch die Begriffe dieser Gedankenbänge sind physisch erschienen, sind faktisch vorhanden. Sie mögen wir sehr wohl unserer induktiven Forschung als Material unterbreiten. Den Wörtern physisch, empirisch u. s. w. unterlegt man wohl gewöhnlich einen engeren Sinn, ich ergänze dieselben deshalb mit „erfahrungsmäßig“.

Das Glaubenssystem der Religiösen und die Vernunftsysteme liberaler Logenbrüder stellen andere Anforderungen. Das System der empirischen Wahrheit, dem die Sozialdemokratie huldigt, fordert die induktive Form, es erkennt nur diejenigen Begriffe, Lehren oder Theorien an, die bemühtermaßen einem erfahrungsmäßigen Material entnommen sind. Von der Höhe dieses Systems sehen wir die Brücke, welche Philosophie und Naturwissenschaft mit einander verbindet. Sie besteht nur aus einem Stein, aus dem Grundstein aller Weisheit, aus der ersten Kenntniss, daß der menschliche Intellekt ein induktives Instrument ist. Alle Spezialkenntnisse sind Anwendungen dieser Generalkenntniss. Der Intellekt ist der General aller Wissenschaft. Die Spezialwissenschaften sind seine Untergebenen, die Systeme der Astronomie

oder Chemie, der Botanik oder Optik sind Abtheilungen des Generalsystems.

Der geehrte Zuhörer, der mir bisher aufmerksam gefolgt ist, und noch sich in der Weltweisheit nicht vollständig orientiert findet, möge bedenken, wie unmöglich eine so eminente Sache in halb-stündiger Rede abzukanzeln ist. Wollte ich das Thema noch weiter und breiter ausspannen, würde ich fürchten müssen, die Genossen zu übermüden.

Wir werden künftig, bei Ausführung der Konsequenzen, öfter noch Gelegenheit haben, auf die Sache zurückzukommen. Es genüge für heute, den Grundstein bloß gelegt, und also durch den Blick auf unsere fundamentale Unterlage, das Parteibewußtsein erbart und gekräftigt zu haben.

Politische Uebersicht.

— Der Kulturkampf gegen die „Frankfurter Zeitung“. Dem in letzter Nummer erwähnten Artikel der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir Folgendes:

„Zunächst erfüllen wir eine angenehme Pflicht, indem wir für die zahlreichen Beweise von Sympathie, welche uns aus den Kreisen der Parteigenossen sowie auch von ferneren stehenden Personen zu Theil geworden sind, unseren herzlichsten Dank aussprechen. Es haben sich, seitdem die Befürchtung nahe gerückt, daß unsere ganze Redaktion mit einem Male außer Thätigkeit gesetzt werden möchte, eine so beträchtliche Zahl von hervorragenden Publicisten und Mitarbeitern zur freiwilligen Aushilfe und sogar zur persönlichen Uebernahme der verantwortlichen Leitung erboten, daß wir heute im Stande wären, ein dreifaches Redaktionspersonal als Reserve ins Hintertreffen zu stellen.“

Dagegen haben wir nicht einen Augenblick daran gedacht, den Rath sächsischer Freunde zu befolgen, welche uns vorschlugen, die „Frankfurter Zeitung“ nach Leipzig oder Dresden zu verlegen. Wenn einzelne unserer dortigen Freunde ein besonders großes Vertrauen zu der sächsischen Justiz haben, so theilen wir dasselbe in der Erinnerung an die bekannten Hochverrathsprozesse der letzten Jahre und an die Thatfache nicht, daß es hauptsächlich den Bemühungen des sächsischen Generalstaatsanwaltes Dr. Schwarze zu danken ist, wenn die Frage des Zeugenzwanges nicht bei Gelegenheit des Reichspressgesetzes zum Austrage gebracht worden ist.

Zur Beruhigung vieler wegen dieser Vorgänge aufgeregten Freunde und unserer Leser im Allgemeinen können wir indeß mittheilen, daß wir seit Monaten alle Vorbereitungen getroffen haben, um gegen jede Eventualität gerüstet zu sein. Die Schläge, welche seit Anfang April gegen die „Frankfurter Zeitung“ geführt wurden, trafen uns nicht unvorbereitet. Wir hatten Zeit, unsere Maßnahmen zu treffen; schon Ende März wurde uns von einer Seite, deren Informationen stets aus bester Quelle kamen, mitgetheilt, die „Frankfurter Zeitung“ dürfe sich auf Alles gefaßt machen. Inwieweit die in Aussicht gestellten Maßnahmen mit den damaligen Kriegsabsichten und Kriegsbedürfnissen zusammenhängen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wahrscheinlich ging die Absicht gewisser Kreise dahin, ein Organ, welches sich nicht dazu hergeben würde, in gewissen Fällen zu schweigen oder „Stimmung zu machen“, für den Eintritt einer vorgeesehenen Eventualität möglichst unschädlich zu machen.

Wenige Tage nach dem aus der Hauptstadt erhaltenen Warnungsrufe wurde der Reiz mit dem bekannten Heft-Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eröffnet, welcher unsere Vaterlandsliebe zu verdächtigen und unsere Unabhängigkeit anzuzweifeln sich nicht entblödete. Der Zweck dieser Attacke war offenbar, da im deutschen Reich Niemand diesen giftigen Verleumdungen Glauben schenkte, den Einfluß, welchen die „Frankfurter Zeitung“ auf die gesammte politische Presse des Auslandes übt, zu untergraben. Fast gleichzeitig wurde eine ganze Reihe von Pressverfolgungen aller Art gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingeleitet. Während unser Kulturkämpfkalender im Laufe des Monats März den Namen der „Frankfurter Zeitung“ nicht zu nennen hat, vergeht seit dem 8. April fast kein Tag, an welchem wir nicht Vorladungen, Strafen oder andere Maßregeln zu verzeichnen gehabt hätten. Im Ganzen zählt unser Register zwischen dem 8. April und 22. Mai, abgesehen von der Beschlagnahme unserer Geschäftsbücher, nicht weniger als 37 Vorladungen, Vernehmungen, Verhandlungen, Urtheilsverurtheilungen u. dgl. Welche Störungen und Nachteile aus dieser Anhäufung von gerichtlichen Maßregeln bei einer Zeitung entstehen können, dies kann nur Derjenige beurtheilen, welcher mit dem Geschäftsbetriebe eines großen und weitverbreiteten, zweimal täglich erscheinenden Blattes bekannt ist. Redaktion, Administration und Druckerei können nur mit dem Ausbehalten aller Kraft die geistigen und physischen Aufgaben bewältigen, welche erfüllt werden müssen, wenn das äußerst complizierte Räderwerk jederzeit in seinem Geseise bleiben soll. Den einzelnen bei der Herausgabe eines Blattes beteiligten Personen auf die Dauer neben ihrer Thätigkeit zumuthen, täglich und wöchentlich bei den Gerichten zu hospitieren, das hieße gradezu Unmögliches verlangen. Wäre unser gesamtes Redaktions- und technisches Personal nicht durchdrungen von dem hingebendsten Pflichtgefühl, wäre dasselbe nicht ausnahmslos durch ein geistiges und materielles Band mit dem Unternehmen verketten, so hätte leicht eine Lähmung des ganzen Organismus Platz greifen können. Davor sind wir in Folge der angezeigten Umstände nun glücklicherweise bewahrt.

In der deutschen und ausländischen Presse hat die rücksichtslose Anwendung des Zeugenzwangs, welche den Kern der gegen uns eingeleiteten Maßregeln bildet, begreiflicherweise das größte Aufsehen erregt. Der gerade in Leipzig versammelte Ausschuss des deutschen Journalistentages hat die Angelegenheit sofort auf die Tagesordnung des nächsten in Bremen stattfindenden Congresses gesetzt. Deutsche Blätter der verschiedensten Farbe haben über alle Stadien der eingeleiteten Untersuchungen berichtet, und uns durch Besprechungen der Angelegenheit unterstützt. Auch die Presse des Auslandes, die Londoner „Times“ und „Pall Mall Gazette“ voran, haben ihren Gefühlen über diese, an die schlimmsten Tage der Reaktion erinnernden Zustände Worte gegeben. Ein Berliner Blatt, die „Staatsbürgerzeitung“, hat von „systematischer Maßregelung“ gesprochen. Nur die Hauptorgane der national-liberalen Presse haben geschwiegen. Die „Kölnische Zeitung“, die „Nationalzeitung“, die „Weserzeitung“, der „Schwäbische Merkur“, sie alle haben noch keine Zeile über die Behandlung der „Frankfurter Zeitung“ gebracht. Und doch handelt es sich in der Frage des Zeugenzwanges nicht um ein einzelnes Blatt. Wenn je in irgend einem Falle, so wird hier das Gesamtinteresse der deutschen Presse durch die „Frankfurter Zeitung“ vertreten. Würde es gelingen, den Zeugenzwang für die Verfasserschaft der einzelnen Artikel auf die Redakteure und Mitarbeiter einer Zeitung zur Praxis zu erheben, so wäre damit die unabhängige Zeitungspressen in Deutschland geradezu vernichtet. Welcher ehrenhafte Mann würde sich fernertin dazu hergeben, Redakteur oder Mitarbeiter

einer Zeitung zu werden oder zu bleiben, wenn er jeden Tag in die Lage gebracht werden kann, entweder seine Kollegen zu denunzieren oder auf Monate und Jahre in das Gefängniß zu wandern?

— Der arme Bismarck wird von Attentätern umschwärmt. An jedem Rockschloß hängen ihm ein paar Kullmänner. Wahrhaftig, es wäre zum Weinen, wenn's nicht zum Lachen wäre. Freund Stieber ist alt und stumpf geworden, die Quantität muß ihm die Qualität ersetzen. Er sollte aber doch die „Nerven“ seines „genialen“ Protektors berücksichtigen, der die kindlichen Polizeischerze tragisch ernst nimmt.!

— Die Bildung der Gebildeten und die Erziehung in der „besten Bildungsanstalt“. Die „Neue Bad. Post.“ in Mannheim veröffentlicht folgende Zuschrift eines ihrer Abonnenten:

„Unter den zur Einübung des neuen Infanterie-Gewehres eingezogenen Reserve-Mannschaften befindet sich ein größerer Theil junger Leute, welche durch ihre soziale Stellung, durch ihren Verstand und ihre Bildung mit zu den geachteten Kreisen der hiesigen Bürgererschaft zählen, Männer, welche fast alle den letzten Krieg mitgekämpft und Leib und Leben für das Vaterland eingesetzt haben. Ist es nun nicht eine unbillige Behandlung zu nennen, wenn diese Männer, von Neuem in der schweren Ausübung ihrer Dienstpflicht begriffen, Ausdrücke über sich ergehen lassen müssen, wie: „Saubande“, „Bürgerbände“, „Bengel“, „Pömmel“, „Sauter!“ und dergl. oder Folgendes anhören müssen: „Wie trägt denn der Jude wieder sein Gewehr!“ u. dgl. Berrath Bismarck, der sich diese Ausdrücke gestattet, Bildung oder Anstand? Ich glaube nicht, halte mich aber zur Steuer der Wahrheit für verpflichtet, Ihnen den Namen des betreffenden Offiziers zu nennen: es ist dies der Premierlieutenant Freiherr von Windisch hier selbst, welcher zu der in Rede stehenden Reserve-Abtheilung commandirt war.“

— Ueber die letzte Staatsretterei in Oestreich-Ungarn (S. unsere Prager Correspondenz) schreibt einer der „abgesagten“ ungarischen Delegirten in der Budapester „Arbeiter-Wochenchronik“ vom Mai:

„Der Vorgang war folgender: Kaum hatten sich in Marhegg einige Delegirte versammelt, so erschien auch schon der Stuhlrichter von Preßburg, Rudolf Krastjenits, der Wiener Polizeikommissär Frankl in Begleitung von Panduren, um den Delegirten Tag aufzuheben.“

Der österreichische Polizeikommissär Frankl gebedete sich auf ungarischem Boden ganz so, als wenn er in Oestreich wäre — und löste aus eigener Machtvollkommenheit den Delegirten Tag auf. Eine solche Rechtsverletzung durch einen österreichischen Kommissär in Beisein eines Stuhlrichters auf ungarischem Boden war uns Genossen, als ungarischen Staatsbürgern, denn doch zu hant, wir protestirten daher gegen eine solche Intervention. Auf diesen Protest hin erklärte der Stuhlrichter alle Anwesenden für verhaftet, und wurden die österreichischen Genossen der jenseits der March harrenden Gendarmen übergeben, welche dieselben auf Gemeindehaus transportirte, allwo wahrscheinlich jeder einzelne Genosse einen Zwangspass in seine Heimath erhalten haben wird. Was uns drei Ungarn anbelangte, so wurden wir auf hohen Befehl des Ministeriums in Begleitung von 5 Panduren, welche ihre Gewehre zu diesem Behufe scharf geladen und die üblichen Bajonette aufgespielt hatten, — zur nächstliegenden Bahnstation transportirt, wo eine höhere Kapazität, nämlich ein „Panduren-Führer“ das Kommando der Eskorte übernahm und uns nach Preßburg der Polizei überlieferte, hier wurden wir bis Dienstag, den 18. Mai gefangen gehalten.

Inzwischen wurde nach Pest ans Ministerium und nach Wien um weitere Ordre telegraphirt. (Als Wien entscheidet trotz aller Vorspielungen noch immer über das Schicksal der unabhängigen ungarischen Staatsbürger!) Von beiden Seiten lief der Auftrag ein, uns mit Zwangspässen in unsere Heimath zu instruieren, welches pünktlich vollzogen wurde — wir reisten demnach jeder in seine Heimath ab. Mit solchem ungesetzlichem brutalen Vorgehen läßt sich die soziale Frage nicht mehr hinwegzulegen oder hinter Schloß und Riegel stecken. Die Idee ist ins Volk gedrungen und hat Wurzel gefaßt; solche Stürme tragen nur dazu bei, daß die Wurzeln sich kräftigen und dem Stamm einen um so festeren Halt gewähren, damit derselbe, ungeachtet solcher Stürme, seine Frucht zur Reife bringen kann.“

— Bestialität der Versailler. Paschal Groussset, Regierungsmitglied der Pariser Commune, jetzt als Flüchtling in London lebend, hat an die „Daily News“ folgendes Schreiben gerichtet:

„Als Sie meldeten, wie ein politischer Verbrecher in Neu-Caledonien den Befehl erhielt, Hentersdienste zu verrichten, und wie er, auf seine Weigerung hin einem solchen Befehle zu gehorchen, beinahe zu Tode geprügelt wurde, zogen Sie die Möglichkeit eines solchen Vorkommnisses in Zweifel. Aber ein Brief, den ich via Australien erhalten habe, setzt mich in die Lage, diese gräßliche Geschichte zu bestätigen. Es ist eine Thatfache, über die kein Zweifel obwalten kann, und — um das Scheußliche der Sache noch zu steigern — der Gefangene, der hierzu ansersehen wurde, ist ein hervorragender Schriftsteller, ein Dichter, es ist Herr Henri Brissac; weiter noch, es ist wohl bekannt, daß er theoretisch und praktisch aus ernster Ueberzeugung die Todesstrafe stets bekämpft hat. Ich könnte Ihnen noch weitere Einzelheiten liefern und Ihnen sagen, wie hoch Die ihn schätzen, welche ihn näher kennen, wie edel sein Charakter, wie jähföhlend und großartig und bezagt er ist; aber man würde mir vorwerfen, daß ich aus diesem „Verbrecher“ einen Romanhelden zu machen suche.“

Kann, wir dächten die Phantasie des phantastischsten Schauerromanschreibers vermöchte nicht solche Gräuelt zu erfinden, wie die Versailler Dednungsbanditen sie ausgeführt haben.

— Den in Aussicht gestellten Bericht über den dritten Congress des schweizerischen Arbeiterbundes können wir nicht geben, da die „Tagenacht“ aus den Verhandlungen nur die rein internen Angelegenheiten, wie Organ- und Krankenkassenfragen reproducirt. Am Schluß des Congresses wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Congress des schweizerischen Arbeiterbundes begrüßt mit Freuden die bevorstehende Einigung der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und bietet den geeinten Kampfgenossen Gruß und Handschlag mit der Versicherung, daß auch die im schweizerischen Arbeiterbunde organisirten Arbeiter mit allen Kräften für die Emancipation des Arbeiterstandes wirken werden.“

— Der Conflict in Südwales ist durch einen Compromiß zum Abschluß gebracht worden. Wir lesen darüber in der „Frankfurter Zeitung“ — direkte Nachrichten fehlen uns noch —:

„In einer Conferenz, welche am Freitag zwischen den Grubenbesitzern und Vertretern der noch streikenden Arbeiter abgehalten worden, erklärten die Ersteren, auf die bisher hartnäckig verlangte Lohnreduktion von 15 Proc. verzichten und sich mit 12 1/2 Proc. für die nächsten drei Monate begnügen zu wollen, worauf die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit sich bereit zeigten. Um jedoch in Zukunft Lohnstreitigkeiten, wie die soeben beendeten, zu vermeiden, versprach man auf beiden Seiten alles Mögliche zu thun, während der nächsten drei Monate gemeinsam eine mit den Kohlenpreisen auf- und absteigende Scala festzusetzen, so daß dieselbe bereits am Schluß des soeben vereinbarten Waffenstillstandes in Kraft treten könnte. Dieser Compromiß wird auch für diejenigen Arbeiter, welche bereits früher die größere Lohnreduktion angenommen haben, Vortheil bringen, da ihnen die 2 1/2 Proc. nachgezahlt werden soll:n. Wie man sieht, wollen die Arbeitgeber einerseits den Arbeitern den Rückzug erleichtern und gleichzeitig auf der anderen Seite die Sympathien des großen Publikums dadurch ganz für sich gewinnen, indem sie das Aufgeben eines Theils ihrer unmäßigen Forderungen als Großmuth hinstellen. Alles kommt nur darauf an, ob und wie die wichtigste Errungenschaft des großartigen Kampfes, die Lohnscala, praktisch und allgemein in Scene gesetzt wird.“

Letzteres braucht man nicht abzuwarten. Der Compromiß wird von den Grubenbesitzern gerade so lange eingehalten werden als es ihren Interessen entspricht — keinen Tag länger. Das liegt in der Natur aller Friedensschlüsse zwischen prinzipiellen Oignern und Vertretern entzogenen Interesses. Die „wichtigste Errungenschaft“ dieses gewaltigen Klassenkampfes ist übrigens nicht der papierner Compromiß, sondern die von den einsichtsvollen englischen Arbeitern gewonnene Erkenntniß, daß die beste gewerkschaftliche Organisation, so lange sie sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, innerhalb des Systems der Lohnarbeit bewegt, der Kapitalmacht keine Blizel anlegen kann. Die Kapitalmacht ist überhaupt nicht zu zügeln, sie muß vernichtet werden — und das ist nur möglich, indem man die Grundlage zerstört, auf der die Kapitalmacht beruht: das System der Lohnarbeit.

— Wie man in Amerika die großen Spitzbuben faßt, darüber wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben:

„Der Generalanwalt des Staates Newyork hat auf Befehl des Gouverneurs die Civilprozesse gegen Tweed und Genossen begonnen. Es handelt sich dabei um die Kleinigkeit von 6,198,957 Dollars, um welche die Stadt Newyork betrogen sein soll (!). Der Richter hat auf Grund dieser Klage bereits einen Haftbefehl gegen Tweed ausgestellt und seine Bürgschaft auf 1,000,000 Dollars festgelegt. Natürlich kommt diese nur zur Anwendung, wenn der Appellhof Tweed aus seiner jetzigen Criminalhaft befreien sollte. Ferner ist alles Grundbesitz Tweed's, auch das, welches er an Andere übertragen hat, mit Beschlagnahme belegt worden, ebenso das Eigenthum der anderen Schuldigen.“

Auch bei uns giebt es Tweeds, und sie zählen sogar nach Dutzenden. Aber trotzdem die deutschen Tweeds mit dem „Aermel das Zuchthaus gestreift“ haben, gehen sie doch frei einher und erfreuen sich sogar der höchsten Achtung, d. h. Seitens der „noblen“ Welt.

Aus Oesterreich.

Prag, den 25. Mai.

Der Kulturkampf wird jetzt allüberall emsig betrieben, ob schon die Kampfweise in mancher Beziehung nicht die gleiche zu sein scheint, hat sie doch im Grunde genommen dasselbe Ziel im Auge. Im „Reich“ z. B. werden die katholischen Pfaffen, welche nicht so gefällig sind wie ihre protestantischen Collegen, eingesperrt und fortgeschickt, in Oesterreich werden sie freundlichst aufgenommen; und doch verfolgen beide „Staaten“ dasselbe Ziel, ob schon es auf den ersten Blick ansieht, als sei Oesterreich in dieser Beziehung reaktionärer als das „Reich“.

Dem deutschen Michel soll von protestantischen Pfaffen der Hirnkasten verkleistert und demselben, so nebenher, die Schöpfung Bismarck's, das „deutsche Reich“, als der Inbegriff alles Schönen und Guten angepriesen, sowie eine ordentliche Portion „Patriotismus“ anezogen werden. In Oesterreich sollen dies schöne Geschicht die katholischen Pfaffen übernehmen, mit dem Unterschiede, daß „gute Oesterreicher“ herangedrückt werden.

Ganz anders gestaltet sich der „Kulturkampf“ gegen die „Rothem“; diese sind allen Staaten gefährlich, palieren mit keiner Regierung, lassen sich zu keinerlei „höheren Zwecken“ verwenden u. dgl. Hier muß einig vorgegangen, die „Brut“ muß ausgerottet werden. Frankreich hat Cayenne; Italien die Prozesse gegen die „Internationalen“; das deutsche „Reich“ Hubertshurg, Plögenfer und unzählige Gefängnisse mit der, für die „Rothem“ sehr zuträglichen Gefängnißkost; Rußland hat sein Sibirien, wo die Leute moros lernen; und Oesterreich? nun Oesterreich ist bekanntlich — was Reaktion anbelangt — der Primogelzer; Oesterreich hat Polizei, Panduren, Gefängnisse, den „Schub“ und als beliebtestes Mittel die „Konfiskation“ der Zeitungen.

Wer in letzterer Zeit die Blätter der österreichischen Arbeiterpartei zur Hand nahm, wird sich einen Begriff von der „Pressfreiheit“, welche in diesem Staate herrscht, machen können.

Die „Gleichheit“ wurde zu wiederholten Malen „konfiszirt“, die oestrichen Blätter „Budouonost“ und „Dolnicko Listy“ präsentiren fast in jeder Nummer vier bis fünf leere Spalten. Am allerbesten aber kommt der Reichenberger „Arbeiterfreund“ weg, denn derselbe wird in der Regel konfiszirt. Von den im heurigen Jahre erschienenen 10 Nummern wurden bloß acht Auflagen weggenommen.

Um Ihnen zu zeigen, wie weit wir es, mit Gottes und der verschiedenen Staatsanwaltschaften Hilfe mit unserer „Pressfreiheit“ gebracht haben, lasse ich hier eine kurze Notiz folgen, welche in der „politischen Rundschau“ der letzten Nummer beanstandet wurde:

„Die letzte Nummer der „Budouonost“ erschien wieder einmal mit freidemöglicher Sicht. Fast fünf Spalten waren weiß; statt des Inhaltes pranzte auf jedem der oben Fleck das Wort „zabaveno“ (konfiszirt). Beanstandet wurde der Artikel: „Zahlen sprechen“.

„Die in Wr. Neustadt erscheinende „Gleichheit“ macht es jetzt auch schon nach und bringt von Zeit zu Zeit leere Seiten. In der letzten Nummer derselben ist das Wort „konfiszirt“ ebenfalls zu lesen.“

„Nun, wir dürfen uns doch nicht beklagen; in Rußland ist ja die Pressfreiheit noch beschränkter, und die Lappländer und Eskimos haben gar keine Zeitungen und müssen auch zufrieden sein.“ — Diese an und für sich so unschuldige Notiz verfiel dem Notizliste des Staatsanwaltes.

Ich theile für meine Person die oben angeführte Behauptung: „in Rußland ist die Pressefreiheit noch beschränkter“ nicht. Beschränkter kann die Presse nirgends mehr sein als im österreichischen Kaiserstaate, und ganz besonders in der auf das willkürlichste regierten Provinz Böhmen.

Auch über den Erzherzog Alfons darf kein Buchstabe mehr geschrieben werden. Natürlich, der Kaiser hat ja den Banditen in Schutz genommen; der „Landesvater“ hat den Bürgermeister und Statthalter von Graz ungnädig aufgenommen, weil dieselben nicht „energisch“ genug waren, weil sie die „Landeskinder“ nicht sofort mit Bajonetten und blauen Bohnen bedienen ließen. Natürlich, Räuber und Mordbrenner, wenn sie nur vom „fürstlichen Glanze“ sind, müssen geschützt werden, wegen solcher Blüten unserer „Cultur“ hätten schon einige Hundert von der „Canaille“, welche jetzt ohnedem nichts zu thun hat, erschossen werden können. Die „Herren“, welche diesen Erzherzog in Schutz nehmen, stellen sich auf dessen Standpunkt. Nun, wir können's zufrieden sein.

Auch über Bismarck darf nicht mehr geschrieben werden. Es ist möglich, daß Bismarck dem Kaiserstaate die Liebesdienste einmal vergelten und ein Stück dieses aus allerhand Flecken zusammengesetzten „Staates“ in den deutschen Reichs-Knappschad stecken wird.

In einer Polemik gegen die „Zittauer Nachrichten“ wurde auch auf die „Rohheit, rohen Späße und Eifersuchtschreien“, welche der Scribler dieses obsturen Winkelwisches den Arbeitern in die Schuhe schieben wollte, hingewiesen und es wurde nachgewiesen, daß diese Eigenschaften den besitzenden Klassen viel mehr anhaften. (Erzprinz von Oldenburg, Bismarck jun. und Andere). Auch dieses wurde unterdrückt. Wenn der „Anwalt“ des Staates die Ausführung berattiger Thatsachen, welche die Rohheiten Einzelner beleuchten, unterdrückt, dann giebt er zu, daß seine Klasse faul, sehr faul ist. Wer weiß, wie es mit der Moral dieses Staatsanwaltes aussieht, und ob er nicht sein eigenes Spiegelbild erblickt.

Der Diebstahl wird gesetzlich verfolgt und der arme Teufel, welcher aus Noth eine Kleinigkeit stiehlt, wird als Dieb verurtheilt. Wenn aber der „Anwalt des Staates“ den steuerzahlenden Bürgern ihr Eigenthum konfisziert, dann ist dies ganz gesetzlich gehandelt.

Die löbliche Staatsanwaltschaft will, wahrscheinlich im höheren Auftrag, die Arbeiterblätter materiell zu Grunde richten; sie weiß recht gut, daß Geld bei den Arbeitern ein seltener Artikel ist und deshalb wird darauf los konfisziert.

Nun, ich hoffe, daß sowohl unsere Genossen in Wr. Neustadt, als auch diejenigen in Prag und Reichenberg und anderwärts dafür sorgen werden, daß dieses Vorhaben nicht gelingt. Künftigen Culturhistorikern werden die Arbeiterblätter mit ihren leeren Spalten deutlich beweisen, bis zu welchem Grade von Erbarmlichkeit und Niedermüthigkeit sich die „Freiheit“ in Oesterreich verfliegen hat, und es wird ihnen der Ausruf entlocken, welcher diesem Verfahren gebührt und welcher jetzt schon von denkenden Leuten gebraucht wird, nämlich:

Psni!!!

Da fast sämtliche deutschen Parteiblätter die den „liberalen“ Zeitungen entnommene Notiz vom „Congresse“ des „allgemeinen österreichischen Arbeitervereins“ mit 400 Delegirten ohne jede Bemerkung brachten, will ich aus besserer Quelle folgendes über denselben bekannt geben. Der „Congreß“ geht die sozialdemokratischen Arbeiter nichts an. Es waren auch bei weitem keine 400 „Delegirten“ anwesend. Diejenigen, die anwesend waren, waren Bourgeois- und Polizeisozialisten, unter der Führung des hinreichend gekennzeichneten Oberwinders.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs haben Bemühtungen zu thun, als sich mit „Böllerei“ zu beschäftigen und der Bourgeoisie die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Oberwinder, diese bezahlte Bedientenheule, dieser ephore Bourgeoisfischweid, benötigte wieder einige Duzend Simpel, um „Congreß“ zu spielen und hatte dabei die Keckheit, im Namen des arbeitenden Volkes zu „resolutionsiren“. Ich glaube aus der Seele eines jeden denkenden Arbeiters zu sprechen, wenn ich sage, daß der Arbeiterstand als solcher bei diesem Bourgeois-Schwindel nicht vertreten war.

Den Arbeiterstand kann die „Böllerei“ verstimmt wenig kümmern, denn derselbe hätte nicht den geringsten Nutzen vom „Schwanzpöhl“. Aber der Arbeiterstand sollte durch diesen „Congreß-Schwindel als „treibender Keil“ helfen, es sollte auf die Regierung durch den Arbeiterstand eingewirkt werden — und deshalb der „Congreß“, deshalb der Lärm in den „liberalen“ Blättern. Zu solchen unwürdigen Schwindelereien werden ehrliebe aber dumme Arbeiter — von einigen Subjekten, bei welchen verlegter Ehrgeiz eine Rolle spielt und sie, gegen ihre Ueberzeugung, dem Schwindler in die Arme trieb, sei hier abgesehen — von dem Polizeimann Heintich Oberwinder, mißbraucht. Es ist sehr charakteristisch für diesen Congreß und die Theilnehmer an demselben, daß er unter dem Schutze der „heiligen Hermantat“ tagen konnte, während die Delegirten, welche den Congreß der sozialdemokratischen Arbeiter besuchten, auf ungarischem Gebiete von Panduren, wie die Räuber, festgenommen, am ganzen Körper verstrickt, über die österreichische Grenze geschafft und den dort bereits lauernden Gensdarmen übergeben wurden. Die Sozialdemokraten wurden eingesperrt und um 11 Uhr Nachts mit Marschrouen versehen „nach Hause“ geschickt; die Polizeier konnten ihren Congreß ruhig abhalten.

Auch hier zeigt sich der „Culturkampf“. Ungarn und Oesterreich liegen sich stets in den Haaren, wenn es gilt die „Staatsautonomie“ zu wahren. Wenn es aber gilt, Sozialdemokraten einzufangen, da zeigt sich die Brüderlichkeit beider Länder. Zum Einfangen dieser „Staatsumwölger“ rückten 12 bis 15 Panduren unter Kommando eines Lieutenants, der Stuhlriäter von Preßburg, der Wiener Polizeikommissär Fränkel — welcher nächstens einen Hund Vogelschinder ins Knopsloch bekommen dürfte — und ein anderer Keil aus. Kommissär Fränkel nahm auf ungarischem Boden die Verhaftung vor und der Preßburger Stuhlriäter, ein echter Ordnungswächter, sagte im Namen der ungarischen Regierung „in diesem Schurkenreiche Ja und Amen. Auf der österreichischen Seite warteten bereits 12-14 Gensdarmen, um die Mißthäter in Empfang zu nehmen.

Fiat Justitia! Es lebe der Culturkampf!

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden. Auf Grund des auf der Generalversammlung zu Coburg gefaßten Beschlusses, in § 2 ad. 6 Förderung von Produktivgenossenschaften zu streichen, somit legiere der moralischen Unterstützung zu verhandeln; und angesichts der in hiesiger Mitgliedschaft obwaltenden bedauerlichen Zwäufnisse, welche von einzelnen Mitgliedern aus persönlichem Haß und Rachegefühl gegen die

„Assoziation Arminia“ hervorgerufen wurden, sehen sich die Mitglieder der letzteren und darunter die Begründer der Mitgliedschaft gezwungen, in § 3 des Statuts der genannten Assoziation die Worte: „Mitglied kann jeder Dispositionsfähige, welcher der Gewerkschaft angehört, werden u. s. w.“ ebenfalls zu streichen. Gleichzeitig wahren Opponenten sich das Recht zur Gewerkschaftstrankenkasse, sowie die Verwaltung derselben.

Der Wiedereintritt in die Gewerkschaft wird sich nach der Entfernung der Ursachen richten, welche den vorstehenden Beschluß veranlaßt haben.

J. A.: H. Töllner,

Bevollmächtigter und Mitglied der Assoziation Arminia.

Cöln. Den Kollegen zur Nachricht, daß in der Generalversammlung am 3. Mai in dem Fahrverein der Schuhmachergesellen ein neuer Vorstand gewählt wurde: 1. Vorsitzender Ch. Döring, 2. Vorsitzender Th. Lürman, 1. Kassierer B. Egenbach, 2. Kassierer St. Benz, 1. Schriftführer H. Albrecht, 2. Schriftführer A. Brendel. Zu Revisoren wurden gewählt: G. Post, K. Lucjka, B. Schlen.

H. Albrecht, Schriftführer, Marsportengasse 5.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Pfersee, 30. Mai. In der gestrigen Versammlung der hiesigen Mitglieder wurde die Angelegenheit, betreffend den Ausruf in Nr. 53 des Organs besprochen. Sämmtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß es unpraktisch gewesen wäre, vor der allgemeinen Gewerkschaftskonferenz eine Generalversammlung abzuhalten, und billigten somit das Verhalten der Vorstandsverwaltung.

Im Auftrage:
Rud. Furrer, Vertrauensmann.

Correspondenzen.

Leipzig. Wie man sich hierorts erzählt, beabsichtige der Stadtrath gegen mehrere in seinem Brode stehende Lehrer Maßregeln zu ergreifen wegen freisinniger Meinungsäußerungen, die sich dieselben bei Gelegenheit der vom 17.—19. Mai hier stattgehabten Delegirtenversammlung des deutschen Lehrervereins erlaubt haben sollen und wegen staatsgefährlicher Agitationen (sic). Man darf sich eines solchen terroristischen Vorgehens gegen freigesinnte Lehrer seitens des nationalliberalen Rathsmittelbes Dr. phil. Panig, der die Lehrer unter seiner väterlichen Fuchtel hält, wohl versehen, zumal es solche Angestellte betrifft, die in dem Verdachte stehen, den Lehren des Sozialdemokratismus nicht abgeneigt zu sein, dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten sogar ihre Stimme gegeben zu haben, und die in ihrem bisherigen Auftreten und Wirken gezeigt haben, daß sie es als unauferliches Menschenrecht erkennen, in politischer und anderer Beziehung eine eigene Meinung zu haben, wenn solche auch gewissen Kreisen unbecquem sein sollte, und für diese ihre Ueberzeugung einzustehen. Nun, das wären ja herrliche Zustände in der berühmten Metropole der Bildung und Humanität, in der Stadt der Reichstreue und nationalliberalen Wahlsiege, Zustände, die an politischem Fanatismus und feindlicher Regierungerei an gewisse vergangene Zeiten gar zu täuschend erinnern! —

Eidensoch. In die Redaktion des „Ants- und Anzeigebblatt“ für den Gerichtsbezirk Eidensoch. Sie haben in die heutige Nummer Ihres Blattes den nachfolgenden Artikel der „Deutschen Allgemeinen“ und bez. der „Dresdner Zeitung“ über die bevorstehende Abhaltung eines Volksfestes Seiten der Sozialdemokraten des Zwidauer Bezirks angeschlossen.

Zwidau. Die Sozialdemokraten unseres Bezirks haben für Mitte Juni in den Lokalitäten des hiesigen Bergschloßes ein allgemeines „Volksfest“ anberaumt, welches exclusive der Vorfeier zwei volle Tage beanspruchen soll. Das reichhaltige Programm bietet Sonnabend den 12. Juni zur Vorfeier einen Kommerz im Gasthof „zum Becher“, Sonntag früh ein Morgenconcert im Bergschloßchen, Vormittags Empfang der auswärtigen Theilnehmer, Nachmittags Festzug, Feste und Concert mit Verloofung, Abends Ball. Montag früh 9 Uhr gemeinschaftlichen Ausflug nach Pöhlau, Nachmittags Concert und Abends Ball. Bei Entwerfung dieses Programms mag wohl den Eicronen das sonst in den Volksversammlungen in den stärksten Farben dargestellte „Arbeiterelend“ aus dem Gedächtniß entschwunden sein; denn wenn man bei den jetzigen „schlechten Zeiten“ solche Feste, die Vor- und Nachfeier mit eingerechnet, gerade eine halbe Woche beanspruchen, feiern kann, so hat man entweder früher sich wissentlich einer Unwahrheit schuldig gemacht, oder man verfährt in leichtfertiger Weise den Arbeiter zur nutzlosen Brausgabung seines „lärghlichen“ Verdienstes. Oder bedarf man des Festtrabes zum Auffrischen der verblassten „Sonnen“, als Pitt, die geloderten Massen wieder an einander zu fügen? Wir meinen, Letzteres mag wohl bei dem Comité als Hauptmotiv gegolten haben.

Man braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, um aus der Haltung dieses Artikels herauszufinden, in welcher ungerechtfertigter Weise die Gegenpartei austritt, um die Existenz der Sozialdemokraten zu vernichten.

Ich habe keine Veranlassung, für die Rechte dieser vielbekämpften Partei einzutreten, denn ich gehöre ihr persönlich nicht an, wenn ich auf der anderen Seite auch offen gesteh, der besseren Idee derselben, insbesondere soweit sie auf die Pflicht des Staates, der ehrlichen Arbeit auf die Beine zu helfen, gerichtet ist, nicht mit entgegenzutreten zu dürfen.

Ganz abgesehen aber von dem, so greift der fragliche Artikel ganz allgemein und ohne jede Parteirücksicht in das Recht der niederen Klassen und aller Arbeiter ein, indem er klar und offen den Satz hervorhebt: „Das Fest gehört nur dem Bemittelten.“

Diese durch den Artikel an den Tag gelegte Meinung kann und wird kein Bemühtiger theilen, selbst die Tendenz der Regierung — des größten Feindes der Sozialdemokraten — spricht dafür.

Nimmt man an, daß gerade jetzt in Sachsen Wochen lange Schützenfeste im Eink. des bemittelten Bürgerstandes abgehalten werden, daß der Reichs gerade jetzt im Frühling kostspielige Erholungsreisen unternimmt, wie kann man dann den Sozialdemokraten abprechen wollen, ein Volksfest abzuhalten, abgesehen davon, ob sich dadurch die Partei heben will.

Ich finde den Artikel für mindestens kläglich und sachlich ungerechtfertigt, bedauerlich aber schließlich ausdeshalb, daß die Arbeiterklassen, besonders in kleinen Städten, außer Stande sind, sich gegen solche Eingriffe in ihr gutes Recht zu wehren.

(Expedient Kramer.)

*) Dies die Meinung eines Unparteiischen. Im Uebrigen können wir versichern, daß sich die Arbeiter vereinsseitig wenig an das Urtheil ihrer Gegner lehnen, und daß sie nach wie vor feste begehren werden, wann und wie es ihnen beliebt. D. R.

Dorfmond. Bergarbeiterangelegenheiten. Dank der Camphausen-Khenbach'schen Curmethode nimmt die Bewegung unter den Bergarbeitern des hiesigen Reviers den besten Fortgang, und es ist zu hoffen, daß die „väterlichen“ Fesseln der Grubenbesitzer, unter deren Last keine selbständige Handlung möglich war, und die von den Bergarbeitern mit einer Geduld ohne Gleichen getragen wurden, endlich abgeschüttelt werden. Und es ist in der That auch Zeit, daß sich die Arbeiter rühren, denn wo man es wagen kann, den Arbeitern Dinge, wie z. B. den Rückgang der deutschen Industrie zur Last zu legen, da sind noch ganz andere Maßnahmen als Verkürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit zu erwarten. Doch, wie gesagt, es regt sich unter den hiesigen Bergarbeitern.

So hatten wir zum 23. Mai wiederum eine öffentliche von Herms eröffnete Bergarbeiter-Versammlung abgehalten. Erster Vorsitzender wurde Schröder, zweiter Vorsitzender Wolf, Unterzeichner und F. Henning Schriftführer. Auf der Tagesordnung stand: „Die Vereinigung der deutschen Bergleute und die Thätigkeit des am 2. Mai gewählten Comité's“. Vor Eintritt in die Tagesordnung lenkte Unterzeichner die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf das gräßliche Unglück in der Grube „Holland“. Es ist bekannt, daß durch einen Seilbruch an dem Förderapparat zwei Förderkörbe in die Tiefe stürzten und daß 7 Bergarbeiter sofort getödtet und 24 mehr oder minder schwer verletzt wurden. Man kann nun dreist behaupten, daß der Seilbruch nicht erfolgen konnte, wenn die allgemein bekannten unerlässlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden wären. Es liegt also unzweifelhaft eine grobe Fahrlässigkeit vor; und wer durch grobe Fahrlässigkeit, unter Bedingungen, wo die geringste Fahrlässigkeit verberblich wirken muß, das Leben von Mitmenschen vernichtet, ist strafrechtlich schweren, an Mord streifenden Todschlags schuldig. Werden die Schuldigen aber wohl zur Strafe gezogen werden? Nach den bisherigen Erfahrungen nimmermehr! Natürlich begreifen die Arbeiter, daß das nicht so fortgehen kann, und es ist daher nicht verwunderlich, wenn man sich von gewisser Seite bemüht, der durch den Unglücksfall noch gesteigerten Währung unter den Bergarbeitern durch eine erbauliche Theilnahme für die Hinterbliebenen der Berunglückten zu steuern. Da berichtet z. B. die hierort erscheinende „Westfälische Zeitung“ aus Wattenfeld:

„Die hiesige Gemeindevertretung hat in ihrer gestrigen Sitzung auf den Antrag des Herrn Direktor Stolzenberg von der Zeche „Centrum“ beschlossen, für die Hinterbliebenen der bei der neulichen Katastrophe in der Grube „Holland“ Berunglückten eine allgemeine über ganz Deutschland sich verbreitende Subscription in's Werk zu setzen, und wurde zu diesem Zwecke auch sofort ein Comité aus der Mitte der Gemeindebehörde erwählt, welches zunächst einen zweckentsprechenden Ausruf abfassen und denselben durch Publication in den gelesesten Blättern zu allgemeiner Kenntniß bringen soll. Die Motive dieses Beschlusses sind natürlich durchaus ehrenwerthe, der Beschluß selbst scheint uns aber gleichwohl um so weniger ein glücklicher zu sein, als er, wie ich aus guter Quelle weiß, keineswegs mit den Anschauungen der Direction der Zeche „Holland“ übereinstimmt. Die Lage dieses Unternehmens ist eine glänzende (höchst wahrscheinlich wird für das abgelaufene Jahr eine Dividende von 26 Prozent vertheilt werden können), und es wird demgemäß keine Schwierigkeiten haben, die Unterstüßungsbeiträge, welche die Knappschaftsliste an die Angehörigen der Berunglückten und eventuell an die Invalidenbleibenden zu zahlen hat, so zu ergänzen, daß billigen Ansprüchen der durch die Katastrophe Betroffenen ein volles Genüge gethan werden kann. Wenn bei den großartigen Unglücksfällen, welche sich im Plauen'schen Grunde, in Lagau und in Neu-Iserlohn ereigneten, eine National-Subscription veranstaltet wurde, so konnte das im Hinblick auf die sehr bedeutende Zahl der Opfer gewiß nicht getadelt werden. Der Unfall auf der Zeche „Holland“ ist aber mit keinem der eben erwähnten in eine Linie zu stellen, und es steht jedenfalls außer Frage, daß ein zu häufiger Appell an die allgemeine Wohlthätigkeit schließlich nicht mehr die wünschenswerthe Wirkung ausübt.“

Dieser Artikel kam in der oben erwähnten Versammlung zur Besprechung und fand gebührende Würdigung. Im weiteren Verlauf der Versammlung ging der Unterzeichner nummehr zur Tagesordnung über und gab zuerst einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit des am 2. Mai gewählten Comité's. An der Debatte über die Vereinigung der deutschen Bergleute theilnahmen sich Unterzeichner, Schröder, Reßmann, Busch gen. Trieburg, B. Bäcker und Briekarann. Es wurde von sämmtlichen Rednern hervorgehoben und betont, daß eine Vereinigung sämmtlicher deutscher Bergleute eine Nothwendigkeit und im eigenen Interesse der Bergleute liege. Man müsse sich von dem Druck des Kapitals befreien, und es sei somit jeder Bergmann verpflichtet, an das Einigungswerk hilfreiche Hand anzulegen.

Trieburg gab eine kurze sachliche Darstellung und Schilderung über die Bestrebungen und Tendenzen der gewerkschaftlichen Vereine und ermahnte die Anwesenden nochmals dringend, sich ihrer Lage bewußt zu werden und in den Kampf für Freiheit und Menschenrechte mit einzutreten.

Drinkmann sprach dann über eine ihm widerfahrne Maßregelung von Seiten des Betriebsführers der Zeche „Bereinigtes Westphalia“. Es war demselben ein fester Gehalt von 36 Thaler (schreibe sechsunddreißig Thaler) geboten, wenn er vermöge, die öffentlichen Bergmannsversammlungen zu vereiteln; da dieses Ansehen von demselben jedoch entschieden abgelehnt wurde, so ist er mit Kamerad Reßmann entlassen worden. Hieraus kann man sehen, Kameraden Deutschlands, daß die „Herren“ den richtigen Begriff von unserem Wirken und Wollen haben und unsere Bewegung fürchten. Doch, deutsche Kameraden, wir werden keine Maßregelung fürchten, von welcher Seite dieselbe auch kommen mag, wir werden vielmehr mit ruhiger Ueberzeugung und festem eisernen Willen weiter arbeiten, und hoffen wir, daß uns alle Kameraden Deutschlands die Bruderhand in diesem Kampfe reichen werden.

Trieburg beantragte sodann, daß der Verfasser des Artikels in Nr. 225 der „Westf. Zeitung“ zu der öffentlichen Versammlung, die nächstens in Dortmund stattfindend wird, eingeladen werde, um seine Haltung und gegenüber zu verteidigen. Sämmtliche Redner wurden mit der größten Aufmerksamkeit angehört und von häufigem Bravo's unterbrochen. Mit einem kräftigen bürnischen Hoch wurde die Versammlung von Schröder geschlossen.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß und kameradschaftlichem „Glückauf!“

Wih. Fröhlich.
München. Der unterfertigte Ausschuß gibt seinen geehrten Fachgenossen bekannt, daß sich das Vereinslokal des Fachvereins der Schlosser in München nicht mehr wie bisher beim Einzelspielerbräu, sondern im Gasthaus zum Roodburgerhof, Sendlingerstraße Nr. 19, befindet, wo hauptsächlich für den Fremdenverkehr bestmögliche Sorge getragen ist. Ebenfalls findet auch jeden Abend von 7—8 Uhr der unentgeltliche Arbeitsnachweis statt.

welches den geehrten Fachgenossen freundschaftlich als Anzeige dienen möge. Auch sind alle Briefe und Aufträge dahin zu senden.

Der Ausschuss des Fachvereins der Schlosser in München.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges aufzunehmen.

Breslau, 21. Mai. Da meine im „Volkstaat“ bereits mitgetheilte Eingabe an das hiesige Polizeipräsidium zur Abstellung der gesundheitsgefährlichen Einrichtungen in der Strohhutfabrik des Herrn Louis Burgfeld bis jetzt einer Beachtung nicht gewürdigt worden ist, habe ich nachfolgende Beschwerde gegen das hiesige Polizeipräsidium bei der Kgl. Provinzialregierung in Breslau eingereicht. Die Beschwerde lautet:

Unterm 18. März d. J. habe ich dem Kgl. Polizeipräsidium dahier eine schriftliche Anzeige eingereicht — enthaltend einen Bericht über die gemeingefährlichen Zustände der Louis Burgfeld'schen Strohhutfabrik, insbesondere die zahlreichen daselbst vorgekommenen Bleikolikerkrankungen, deren eine sogar von tödlichem Erfolge war. In dieser meiner Denunziation, in welcher auch Strafanträge gegen Herrn Louis Burgfeld gestellt waren, habe ich die außer mir noch erkrankt gewesenen Arbeiter als Zeugen angegeben, welche meine Behauptungen bekräftigen können. Außerdem habe ich sämtliche Ärzte, von denen die erkrankt gewesenen Arbeiter behandelt worden sind, als Zeugen vorgeschlagen. Es ist aber von denselben außer Herrn Dr. Hesper — soviel mir bekannt — noch keiner vernommen worden. Ebenfalls ist einer der von mir als Zeugen citirten Arbeiter vernommen worden, oder mir selber, dem Anzeige-Erstatter, irgend eine Mittheilung seitens des Kgl. Polizeipräsidiums darüber zugegangen, ob und wie die Anzeige amtlich geprüft worden sei.

Am 5. April habe ich mich beim Herrn Polizeipräsidenten angemeldet, wurde aber anstatt demselben dem Herrn Polizeirat h. Marschall vorgeführt, der mir versicherte, daß die Angelegenheit ihrer Erledigung entgegenstehe. Mir ist es jedoch nicht glaublich, da die Hauptbeteiligten — die erkrankt gewesenen Arbeiter, zu denen ich auch gehöre — noch keinen Termin gehabt haben und von den citirten sechs Ärzten nur einer, obgleich es doch von Wichtigkeit gewesen wäre, daß Herr Dr. Herremann, welcher den an der Bleikolik verstorbenen Eduard Heijig behandelt hat — ich habe den von ihm ausgestellten Todtenschein gelesen — sofort verhört worden wäre.

Ich bin daher in der unangenehmen Lage, bei der hohen Kgl. Regierung zu Breslau über das Kgl. Polizeipräsidium Beschwerde führen zu müssen, daß dasselbe eine Angelegenheit, von welcher so viele Menschenleben betroffen werden, so wenig beschleunigt. In 9 Wochen, glaube ich, konnte in der Sache schon etwas mehr gethan werden, als geschehen ist.

Wenn es sich um angebliche oder wirkliche Uebertretung eines Vereinsgesetzes handelt, da braucht das Kgl. Polizeipräsidium keine 9 Wochen, um die Arbeiter zur Strafe zu ziehen. Nun so dürfen wir Arbeiter, wo wir den Schutz der Behörde anzurufen genöthigt sind gegen einen Fabrikanten, der unsere Gesundheit und unser Leben in der frivolsten Weise aufs Spiel setzt, doch erwarten, daß man mit derselben Schnelligkeit die Gesetze für uns anwendete, wie dies bei Vereinsgesetz-Verletzungen gegen uns geschieht.

Ich sehe demnach einer gef. Beschleunigung dieser Angelegenheit durch die hohe Kgl. Regierung erwartungsvoll entgegen.

Hochachtungsvoll ergebenst Hermann Rebes.

Nachschrift. Zu den in meiner Anzeige vom 18. März genannten sechs Ärzten kommen noch zwei hinzu: Herr Dr. Reitor, Reudorfstraße, der den Arbeiter Latte, und Herr Dr. Beder, Rehlstraße, der den Arbeiter Ruhnert behandelt hat.

Zur weiteren Charakterisirung des Hrn. L. Burgfeld mag auch die nachfolgende Fabrikordnung hier einen Platz finden:

„Jeder Angestellte in meiner Fabrik oder wer unter der fabrikl. Leitung arbeitet, sei es auch nur vorübergehend oder zur Probe, hat sich nachstehender Verordnung zu fügen:

§ 1. Die gewöhnliche Arbeitszeit ist von früh 7 Uhr bis Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr bis Abends 8 Uhr, gleich 12 Stunden. Außerdem ist um 9 Uhr Morgens und um 4 Uhr Nachmittags je eine halbe Stunde Frühstücks- und Besperzeit.

§ 2. Zu den festgesetzten Stunden ertönt die Fabriklode, und ist ein Jeder angehalten, noch während des Läutens an seine Arbeit zu treten.

§ 3. Verspätungen werden nicht geduldet und ist der Werkführer oder Fabrikmeister angewiesen, dem Spätling nicht zu gestatten, an demselben Tage die Arbeit wieder aufzunehmen.

§ 4. Mehrfach wiederholtes Ausbleiben aus der Arbeit ohne genügenden Grund hat die sofortige Entlassung zur Folge, desgleichen geschieht auch, wenn die Arbeitszeit ohne meine Genehmigung früher, wie § 1 angeführt ist, willkürlich verkürzt wird, namentlich in den Tagen vor Beginn der Weihnachts-, Oftern-, Pfingsten-, ebenso zur Fastnacht und den dritten Feiertagen.

§ 5. Die in der Fabrik angestellten Arbeiter können jeden Freitag vor Abends 7 Uhr um ihre Entlassung bitten (!!!) und dieselbe am Sonnabend, Tags darauf, erhalten, desgleichen steht mir frei, jeden Sonnabend Entlassungen nach meinem Sinne vorzunehmen.

§ 6. Von jedem in der Fabrik Angestellten und Thätigen wird verlangt, daß er mit großer Ruhe und Emsigkeit seine ihm persönlich aufgetragene Arbeit verrichtet und während der Arbeitszeit weder in Gespräche mit Andern sich einläßt, noch unhätig an einem andern als an dem ihm angewiesenen Plage sich befindet.

§ 7. Jeder Arbeiter und Angestellte überhaupte bei der Fabrik hat nicht nur die genügende Arbeit, für welche er besonders befähigt oder von dem Werkführer angestellt ist, zu leisten, sondern es wird ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß er jede andere ihm vorkommende und von ihm verlangte Arbeit gern und bereitwillig leisten soll; wer sich irgend einer ihm übertragenen, auch nicht in sein Fach schlagenden Arbeit widersetzt, kann ferner in der Fabrik nicht mehr geduldet werden.

§ 8. Ohne Wissen und Willen des angestellten Werkführers hat kein Arbeiter das Recht, etwas in die Fabrikräume hineinzubringen, noch irgend etwas zu verändern, zu verbrauchen oder hinauszunehmen.

§ 9. Treue und Ehrlichkeit wird von jedem Einzelnen gefordert, Veruntreuung, auch nur an Unbedeutendem, wird auf's Strengste geahndet und der Schuldige dem Gericht sofort angeliefert. Dasselbe haben auch diejenigen zu erwarten, welche im geringsten Willenshaft von einem unehrlichen Vergehen (?) haben und dies nicht sofort zur Anzeige bringen.

§ 10. Jeder Arbeiter erhält Sonnabends den ihm festgesetzten Lohn und hat auf Ablohnung während einer etwaigen Erkrankung keine Ansprüche zu machen, vielmehr hängt in solchen Fällen eine Vergütung von meinem Ermessen ab. Borschlüsse werden in keinem Falle gegeben.

§ 11. Ein der Trunkenheit Ergebener wird sofort außer Dienst gesetzt; wer sich betrinkt oder nur einigermaßen bemerkbar in trunkenem Zustande befindet, wird sofort aus der Fabrik entfernt; selbst bei unmoralischem Lebenswandel außer der Arbeit geht er seiner Stellung sofort verlustig.

§ 12. Diese hier vorstehende Fabrikordnung wird zur Kenntnissnahme jedes einzelnen in Dienst stehenden Arbeiters in den betreffenden Fabrikkolonen aufgehängt, so daß Jeder sein Verhalten darnach zu regeln hat; derjenige, welcher sich in einen der vorgeschriebenen Punkte nicht schicken zu können glaubt, ist berechtigt und sogar verpflichtet, den Austritt aus der Fabrik zur vorgeschriebenen Zeit anzuzeigen.

Justiz. Ich glaube, daß folgendes besterbürgte Vorkommniß dem Publikum nicht vorenthalten werden darf. Ein die hiesige obere Nonnenschule besuchendes Mädchen, Tochter des Grubenmeisters Winkler, hatte sich beikommen lassen, mit seiner protestantischen Mutter (der Vater ist katholisch) an einem der letzten Sonntage die hiesige evangelische Kirche zu besuchen. Dies kam zur Kenntniß der betreffenden Lehrerin, welche dem Kinde folgenden Sermon hielt: „Daß du dich nie wieder unterstehst mit Deiner Mutter in die evangelische Kirche zu gehen, du mußt sonst im ewigen Feuer braten.“ Dem Kinde, welchem dieser Ausspruch seiner Lehrerin doch nicht recht stichhaltig vorkommen mochte, erzählte seinen Eltern davon, die, nachdem sie sich von der Wahrheit durch Auskunft bei der betreffenden Nonne selbst überzeugt hatten, ihr Töchterchen der Siminariumschule (konfessionslos) übergeben.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein. Es hat fast den Anschein, als wäre wahr, was unsere Reptilienblätter schreiben, nämlich, daß am hiesigen Orte die Sozialdemokraten todt seien; jedoch dem ist nicht so. Nachdem die hiesige Mitgliedschaft geschlossen und der Vertrauensmann glücklich verurtheilt war, gründeten die hiesigen Mitglieder einen sozialdemokratischen Wahlverein, und hatten wir Sonnabend, den 10. April, die zweite Volksversammlung, in der Parteigenosse Kühn über den 1. Punkt der Tagesordnung sprach: „Die hiesige Bahnhofsfrage oder die Rede des Landtagsabgeordneten Dr. Göting im Abgeordnetenhaus.“ Referent behandelte das Thema zur Zufriedenheit der ziemlich gut besuchten Versammlung. Herr Göting hatte gesagt, daß Hildesheim, welches seiner freihethlichen Bestimmung wegen von der früheren hannoverschen Regierung vernachlässigt worden sei, der preussischen Regierung eine ganz andere Bestimmung entgegengebracht und deshalb jetzt besser bedacht zu werden verdiene. Ferner sprach Herr Göting aus eine ganze Menge für den Liberalismus und führte an, daß in Hildesheim bei den Staatsbanten Ultramontane und Sozialdemokraten vorgezogen würden, z. B. bei dem neuen Kasernenbau. Da nun aber bekanntlich Ultramontane wie Sozialdemokraten Staatsfeinde seien, so solle die Regierung doch dafür sorgen, daß bei den bevorstehenden Bahnhofsarbeiten die Arbeit Nationalliberalen übertragen werde. Referent führte an, daß dies von Hrn. Göting im höchsten Grade unrecht sei, da er als gewählter Volksvertreter einem jeden Bürger zu vertrauen habe und nicht nur den Nationalliberalen. Es wurde folgende Resolution mit allen gegen die Stimme eines Nationalliberalen angenommen: „In Erwägung, daß Herr Dr. Göting in seiner Rede im Abgeordnetenhaus einen großen Theil achtbarer Bürger Hildesheims beschuldigt hat, gegen das Interesse der Stadt zu agitiren, erklärt die Versammlung diese Beschuldigung so lange für Unwahrheit, bis Herr Dr. Göting dieselbe zweifellos bewiesen hat.“ Redner erklärte, daß er jederzeit bereit sei, eine Versammlung für Herrn Dr. Göting einzuberufen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie“, sprach Parteigenosse Kiewe aus Hannover unter großem Beifall der Versammlung, und führte derselbe an, daß sich die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zur Freude aller andern reaktionären Parteien gegenseitig bekämpft hätten, was jedoch jetzt durch die Verfolgungen Stieber-Lessendorfs beseitigt sei. Die so lange Getrennten reichten sich jetzt brüderlich die Hand unter dem Wahlspruch: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Nachdem der Vorsitzende aufgefordert hatte, sich zum Worte zu melden, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung begrüßt mit Freuden die Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen und verspricht gleichzeitig, für die Bewirkung des Sozialismus einzutreten.“ Nachdem vom Vorsitzenden Dym und Parteigenossen Kühn aufgefordert wurde, sich in die Listen des sozialdemokratischen Wahlvereins einzzeichnen zu lassen, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Ch. Schönberg, Schriftführer.

Hamburg, 26. Mai. An alle Mitglieder der Gewerkschafts-Union und an die Bestimmungsgenossen! Da ich von Seiten des Oberprokurators Riege in Clero die Weisung erhalten habe, mich am 29. d. Mts. zu einer wöchentlichen Betrachtung der inneren Verhältnisse des dortigen Arresthauses wegen Beschimpfung der christlichen Religion einzufinden, so ersuche ich alle Freunde und Bestimmungsgenossen für die Dauer meiner Haft von einer persönlichen Correspondenz mit mir abzusehen und alle auf die Gewerkschafts-Union bezügliche Schriftstücke an die frühere Adresse: Aug. Seib, Hamburg, Rödingmarkt 12, zu senden.

Auf ein frühliches Wiedersehen!

Rich. C. S. Wolf.

Arnstadt. Wie überall so geht man auch hier mit gerichtlichen Verfolgungen gegen die Sozialdemokraten vor. So stand vor einiger Zeit Herr Richard Wolf aus Chemnitz wegen angeblichen Verstoßes gegen die uns hinlänglich bekannten §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs vor den Schranken des hiesigen Kreisgerichts. Da in der öffentlichen Verhandlung nur die 2 Belastungszeugen ihre Aussage beschworen und auf die Protokoll gegebenen Aussagen der Entlastungszeugen nicht das geringste Gewicht gelegt wurde, so würde die Anklage ziemlich leichtes Spiel gehabt haben, wenn der Herr Staatsanwalt sich nicht gar sonderbare Blüten gegeben hätte. Gleich bei Beginn der Verhandlungen erklärte er nämlich: „es brauche der schwarzburg-sonderhaussche Arbeiter die Gesetze anderer Staaten gar nicht zu kennen.“ Wolf hatte nämlich in seinem Vortrag über die Entwicklung der politischen und sozialen Parteien der Gegenwart auch die Waigesehe berührt, und der Herr Staatsanwalt war also der Ansicht, preussische Gesetze von so geringer Bedeutung wie diese, hätten für das schwarzburgische Volk gar kein Interesse. War schon diese Bemerkung sehr originell, so war es die Begründung der Anklage noch mehr. Die Anklage, auf willkürlicher Verbreitung falscher Thatsachen lautend, stützte sich, da die Aussagen des Herrn Bürgermeisters Hopf, des einen Belastungszeugen, gar zu allgemein gehalten waren, fast nur auf die des Herrn Nachwachstmeisters. Dieser zog frischweg ein nach Auflösung jener Versammlung von ihm verfaßtes Protokoll heraus und citirte als Worte Wolfs einen guten Theil des Inhalts jenes Gesetzes, wenn auch nicht in ganz wörtlicher Fassung. Verschiedene andre Theilnehmer an jener Versammlung

könnten sich freilich beim besten Willen solcher Ausdrücke Wolf's nicht erinnern; z. B. glauben Viele deutlich vernommen zu haben, daß Wolf sagte: die Ausweisung der Jesuiten sei ein unrechter Weg, aber der Herr Nachwachstmeister hat verstanden: sei unrecht u. dgl. mehr. Der zweite Theil der Anklage betraf die Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander, und sollte sich der Angeklagte durch folgende Äußerungen vertheidigen lassen: „Es schiene, als ob Reichthum Diebstahl sei, und die Arbeiterklasse, die er mit Vorliebe die Unterthen genannt habe, sei, soweit wir die Geschichte verfolgen könnten, stets unterdrückt gewesen, habe aber auch stets gegen diesen Druck angekämpft.“ Vergebens wiesen Angeklagter und Vertheidiger nach, daß allerdings das Proletariat von jeher heftige Kämpfe mit den besitzenden Klassen bestanden habe; vergebens citirte der Vertheidiger den bekannten Satz Proudhon's: „Eigenthum ist Diebstahl“ und bemerkte, daß Proudhon dieses Sayes wegen nicht bestraft, ja nicht einmal angeklagt worden sei; vergebens führte der Angeklagte den unverfolgt gebliebenen Ausspruch Wilhelm v. Humboldt's an: „Dem solle der Acker gehören, der ihn im Schweisse seines Angesichts bebaue, und nicht dem reichen Schlemmer.“ Der Staatsanwalt hielt seinen Strafantrag aufrecht. Nach Schluß beider Plaidoyers ereignete sich noch ein Vorfall, der in den weitesten Kreisen bekannt zu werden verdient. Der Staatsanwalt hatte nämlich erklärt, daß zur Zeit der Abhaltung jener aufgelösten Versammlung die Waigesehe nur für Preußen Gültigkeit gehabt hätten, und Wolf wies nach, daß sie damals schon Reichsgesetz gewesen wären. Also ein einfacher Maschinenbauer schlägt in der Gesetzeskenntniß den Herrn Staatsanwalt! Aber — — trotz alledem und alledem wurde Wolf zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, ein Urtheil, gegen welches der Vertheidiger übrigens appellirt hat.

Dieser Prozeß spricht für sich selbst und bedarf keines Commentars.

Briefkasten

der Redaktion: Kebr dahier: Die Constatirung erfolgt am 15. d. annelsten können Sie sich schon jetzt. L in Landsbut: Fragen Sie bei Seib in Hamburg (Rödingmarkt 12) nach.

Quittung

der Expedition: Von H. F. B. Sch. Hamburg Ab. 115.00; Schr. 30.00. S. Brth Mainz Ab. 24.08. Fr. Stbden Esslingen Ab. 15.00; Schr. 3.00. Aufheilschne 3.00. Fnt der Ab. 0.55. Pannr Bremen Schr. 21.39. Rann Freiburg Schr. 11.85. Mkr Lötan Schr. 0.50. Siffst Hamburg Ann. 2.20. Sdch hier Schr. 2 14. Ab. 8.00. Schr hier Ab. 1.60. A. Trimmn Berlin Ann. 0.20. Ab. 121.15. Schr. 30.00.

Fond für Gemafregelte.

Von Dr. L. hier 1.50. R. G. durch E. Festr 0.50.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 5. Juni, Abends halb 9 Uhr, Andreaststraße Nr. 26 bei Sittler. — L. D.: Vortrag des Herrn August Heinsch.

Sonntag, den 6. Juni, Vormittag 10 Uhr, im Salon zum deutschen Kaiser, Lothringersr. Nr. 37:

Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, wozu sämtliche Tischler, Strümmacher, Bildhauer, Drechsler, Blüthler, überhaupt alle Holzarbeiter Berlin's eingeladen sind. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Mitann über die Organisation der Gewerkschaft und die Vereinigung der Holzarbeiter Deutschlands. J. A. G. Lemke. (120)

Berlin Verein der Sattler und Berufsgeossen. Sonnabend, den 5. Juni, Abends halb 9 Uhr im Café Polenz, alte Jakobstraße Nr. 83:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Abrechnung der Local- und Central-Casse. — Wahl des Local- und Centralvorstandes. — Vereinsangelegenheiten. A. Coenen, Vertrauensmann. (70)

Breslau Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr im Locale des Herrn G. Scholz, Behnerstraße und kleine Gochengassen-Ecke: **Allgemeine Sozialisten-Versammlung.** Tagesordnung: Berichtserstattung der Delegirten vom Got. aer-Congreß. Es ladet ein. Das Comité. (60)

Großhain Freie Versammlung der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. Sonnabend, den 5. Juni, Abends halb 9 Uhr im Saale des Herrn Heinsch. — L. D.: Die Ursache der Wirtschaftskrisis und die Mittel zur Abhilfe. — Refr. Herr Heinrich Schen aus Wien.

Sonntag, den 6. Juni, Nachmittags halb 4 Uhr im Garten des Herrn Heinsch:

Volksversammlung unter freiem Himmel. Tagesordnung: Bericht über den Vereinigungs- und Partei-Congreß. — Refr. Herr Heinrich Schen aus Wien. — Jeder Genosse hat für guten Besuch zu sorgen. Der Vertrauensmann. (110)

Hamburg Verband der Klempner und verw. Berufsgeossen. Sonnabend, den 5. Juni, Abends halb 9 Uhr, Schoppensteet Nr. 22:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Abrechnung. — Berichtserstattung des Delegirten von der Generalversammlung. Stioffel, Bevolkm. (60)

Leipzig u. Umgegend Gewerkschaft der Retailarbeiter. Montag, den 7. d. Monats: **Versammlung**

bei Fröblich, Nikolaisstraße Nr. 38. — L. D.: 1) Wahl der Control-commission zur Krankencasse. 2) Kassenericht. 3) Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Sonntag, den 13. d. M., Ausflug nach Marktranslät, wozu alle Bestimmungsgenossen freundschaftlich eingeladen sind. — Alles Nähere wird noch bekannt gemacht. (90)

Malergehilfen (D. 3407)

sacht H. Erbe, Schmalbacher Straße 22, Wiesbaden. (10b) (75)

Genossenschaftsbuchdruckerei Nürnberg. (Eingetragene Genossenschaft.)

Unter Bezugnahme auf § 18 unserer Statuten werden die vereinigten Genossen zu der am Montag, d. 7. Juni d. J., Abends 7 Uhr, im „Café Wirt“ stattfindenden

Ordentlichen Generalversammlung mit dem Präjudiz eingeladen, daß die Nichterschienenen sich den Beschlüssen der Majorität der Anwesenden zu fügen haben.

Gegenstände der Tagesordnung sind: a) Rechnungslegung der Jahresrechnung; b) Feststellung der Dividende; c) Bestätigung über den Reservenfond; d) Feststellung eines Etats für die Verwaltung; e) Ergänzung und Veränderung des Statuts; f) Wahl der Verwaltungsgenossen; g) Bestimmung über Vererbung etwaiger Ueberträge; h) definitive Entscheidung über alle legal eingehenden Berurtheilungen. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung steht einem volkthümlichen Erscheinen der Genossen entgegen. Nürnberg, den 23. Mai 1875.

Für den Aufsichtsrath: C. Grillenberger. Wir ersuchen die Genossen den Rechnungsbuchführer in der Genossenschaftsbuchdruckerei, Obere Schmiedgasse 445, in Empfang nehmen zu wollen. (220)

Verantwortlicher Redacteur: O. Riadt. [Redaktion Godr. 4, Expedition Zeitungsstr. 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.]